

Eine ungesicherte Zukunft

Warum ein verfrühter Teilabzug der MONUC-Friedenstruppe den Kongo in eine neue Krise stürzen könnte

Die Demokratische Republik Kongo befindet sich an einem Wendepunkt: Nach den erfolgreichen Wahlen im Jahr 2006 steht das Land vor einem Neuanfang, verbunden mit großen Herausforderungen. Die Präsenz der UN-Friedenstruppe MONUC hat wesentlich dazu beigetragen, das Land zu stabilisieren und die Zivilbevölkerung vor bewaffneter Gewalt zu schützen. Diese erfolgreiche Mission muss mit ausreichender Truppenstärke und mit geeignetem Mandat fortgeführt werden, um dauerhaften Frieden und Stabilität im Kongo zu erreichen.

Deutschsprachige Zusammenfassung des Oxfam-Positionspapiers Nr. 97 „A fragile future – Why MONUC is needed in the Congo more than ever“

Zusammenfassung

Im Sommer 2006 fanden in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) die ersten demokratischen Wahlen in der Geschichte des Landes statt. Aller Skepsis zum Trotz waren sie ein Erfolg.

Die Wahlen beendeten eine über 40 Jahre andauernde Epoche, die von Gewaltherrschaft, Misswirtschaft und Bürgerkrieg geprägt war. Die Menschen in der DR Kongo haben jetzt die Chance, den Aufbau ihres Landes mitzugestalten – die richtigen politischen Entscheidungen in den nächsten Monaten vorausgesetzt.

MONUC, die UN-Friedensmission in der DR Kongo, hat die Regierung des Landes im politischen Übergangsprozess entscheidend gestützt. Darüber hinaus hat die Friedensmission besonders in den vergangenen zwei Jahren eine entscheidende Rolle bei der Stabilisierung des von Bürgerkriegen zerrissenen Landes gespielt. Durch ihre militärische Präsenz und durch militärische Operationen gelang es ihr, in weiten Teilen des Landes ein gewisses Maß an Sicherheit herzustellen. Dies lässt sich daran ablesen, dass die systematische Gewalt gegen die Zivilbevölkerung zurückgegangen ist, humanitäre Hilfsorganisationen besseren Zugang zu den Menschen erhalten haben und sich die allgemeine Wirtschaftslage verbessert hat.

Ohne ein ausreichendes MONUC-Kontingent würde die jetzige relative Stabilität sehr wahrscheinlich schnell wieder verloren gehen. MONUC-Führungskräfte, humanitäre Helfer und Zivilisten, die selbst Opfer von Gewalt wurden, warnen einhellig die internationale Gemeinschaft vor den gefährlichen Auswirkungen einer vorzeitigen Reduzierung der MONUC-Präsenz auf die humanitäre Lage im ganzen Land. „Wenn MONUC alle Stützpunkte schließen und ihre Patrouillen einstellen sollte, würden wir in unsere Boote steigen und nach Uganda übersetzen“, erklären zum Beispiel Dorfbewohner in Ituri. „Es wäre hier einfach nicht sicher für uns. Nicht mehr.“

Bereits 46.000 Soldaten wurden bisher dem sogenannten „Brassage“-Prozess unterzogen, also in die neuen Landesstreitkräfte FARDC (Forces Armées de la République Démocratique du Congo) eingegliedert. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die FARDC nach wie vor nicht in der Lage ist, sich selbst gegen Milizen der Warlords, fremde Rebellen, oder andere bewaffnete Gruppen zu verteidigen – geschweige denn die Zivilbevölkerung wirkungsvoll zu schützen. Kürzliche gewaltsame Übergriffe in der Provinz Nord-Kivu machen deutlich, dass die kongolesische Armee ohne Unterstützung durch MONUC nicht in der Lage wäre, Angriffe in bevölkerungsreichen Regionen oder auf Städte wie zum Beispiel Goma abzuwehren.

Im Gegenteil: Unterbezahlt, unterernährt, schlecht ausgerüstet und schlecht geführt, stellen die FARDC-Soldaten selbst das größte Sicherheitsrisiko in den östlichen Provinzen der DR Kongo dar. Sie sind dort für rund 80 Prozent aller Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung verantwortlich. Ähnliche Anklagen wegen gewaltsamer Übergriffe werden auch gegen andere Teile der Sicherheitskräfte, einschließlich der Polizei, sowie gegen „demobilisierte“ Ex-Kombattanten erhoben – diese wenden oftmals weiterhin Gewalt an, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Die einheimischen Sicherheitskräfte sind überwiegend nicht in der Lage oder willens, die Zivilbevölkerung vor gewaltsamen Übergriffen zu schützen. Die neue kongolesische Regierung hat deshalb die Reform des Sicherheitssektors zu einem ihrer dringlichsten Vorhaben erklärt. Dabei benötigt sie jedoch die Unterstützung von MONUC, besonders durch Beratung, Training und Koordinierung. Aus diesem Grund muss die Einbeziehung von MONUC bei der Reform des Sicherheitssektors ein zentraler Bestandteil eines neuen Mandats sein. Der längerfristige Abzug von MONUC muss unbedingt an nachweisbare Fortschritte bei der Reform des Sicherheitssektors geknüpft werden.

Solange die kongolesische Regierung die Gefahren nicht bewältigen kann, die von ihren eigenen Sicherheitskräften, bewaffneten Gruppen und ehemaligen Kämpfern ausgehen, bleibt die MONUC-Präsenz das einzige Mittel, um den Schutz der Zivilbevölkerung in der DR Kongo zu gewährleisten und für Stabilität zu sorgen – unabdingbare Voraussetzungen für das Gelingen langfristiger Reformen.

Der UN-Sicherheitsrat muss sicherstellen, dass die gewaltigen Anstrengungen der Kongolesen beim Aufbau ihres Landes nicht umsonst waren. Er muss deshalb folgende Maßnahmen ergreifen:

- Die MONUC-Streitkräfte müssen ihre gegenwärtige Stärke beibehalten und ihren entschlossenen Einsatz zum Schutz der Zivilbevölkerung fortführen. Das neue Mandat muss außerdem gewährleisten, dass die Effizienz der Truppe bei der Erfüllung ihres Auftrages erhöht wird.
- Der längerfristige Abzug von MONUC muss an nachweisbare Fortschritte bei der Reform des Sicherheitssektors geknüpft werden, beginnend mit der erfolgreichen Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte. Militär, Polizei und Justiz müssen grundsätzlich in der Lage sein, die Zivilbevölkerung vor schweren Gewaltverbrechen zu schützen.
- Es muss sichergestellt werden, dass die bestehende Militärpräsenz von MONUC in erster Linie dem Schutz der Zivilbevölkerung dient. Die Soldaten der Friedenstruppe müssen über klarere Vorgaben und bessere Instrumente zur Erfüllung ihres Schutz-Auftrages verfügen.
- Die neue kongolesische Regierung muss die volle Unterstützung von MONUC beim Aufbau neuer demokratischer Strukturen und bei der Verteidigung und Durchsetzung der Menschenrechte erhalten. Dazu gehört besonders die Unterstützung der Regierung bei ihrem Kampf gegen die unerlaubte Ausbeutung von Bodenschätzen und gegen den illegalen Waffenhandel.